

Länder

Pakistan: Die Nützlichkeit der revolutionären Organisation

Von Sherpas / 29. Januar 2014

Die Pakistanische Arbeiterpartei (Labour Party Pakistan – LPP) war eine politische Partei der radikalen Linken mit engen Verbindungen zur Vierten Internationale, die eine führende Rolle in einer ihr nahestehenden Gewerkschaft spielte.

Die Pakistanische Arbeiterpartei (Labour Party Pakistan – LPP) war eine politische Partei der radikalen Linken mit engen Verbindungen zur Vierten Internationale, die eine führende Rolle in einer ihr nahestehenden Gewerkschaft spielte.

Ihre GründerInnen waren StudentInnen in den Niederlanden, die zum „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (Committee for a Workers’ International – CWI) Kontakt bekamen und 1980 für diese Organisation gewonnen wurden.

Sie kehrten 1986 nach Pakistan zurück und nahmen als „The Struggle“ (Der Kampf) entrüstete Arbeit in der Pakistanischen Volkspartei (Pakistan Peoples Party) auf.

Von 1991 an spalteten sich einige Mitglieder von „The Struggle“ ab, operierten als offene Gruppe und wurden 1995 zur Jeddojuhi Inqilabi Tehrik (Kämpferische Revolutionäre Bewegung – JIT). Das stand im Gegensatz zu den Weisungen des CWI und geschah mit einer Mitgliedschaft von 70 AktivistInnen, die bis 1997 auf 740 anwuchs, als die LPP gegründet wurde.

Im November 2012 kündigte die LPP die Vereinigung mit zwei anderen linken Parteien an, der Awami Partei Pakistan und der Arbeiterpartei Pakistan, die nunmehr die neue Awami Arbeiterpartei (AWP) bilden.

Die Ziele der neuen Partei beinhalteten einen Bruch mit dem multinationalen Kapital und dem Imperialismus, die Beendigung des Feudalismus, die Schaffung eines demokratischen-föderalen Systems und die Verbesserung der Beziehungen zu den benachbarten Staaten.

Die LPP löste sich am 10. November 2012 auf, und Farûq Tariq wurde zum Generalsekretär der AWP gewählt. Die Awami Arbeiterpartei kündigte den Beginn einer landesweiten Kampagne für Landreformen und gegen die Privatisierung öffentlichen Vermögens unter Federführung internationaler Finanzagenturen.

Entsprechend der Parteilinien der Vergangenheit wurden verschiedene Diskussionen geführt und angesichts der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes der Schluss gezogen, dass in der gegenwärtigen Situation die Massen und die ArbeiterInnenklasse ernste wirtschaftliche Härten, Gesetzlosigkeit und ein Leben unter elenden Bedingungen zu erwarten haben.

Die Lösung der genannten Probleme besteht darin, dass die demokratischen, fortschrittlichen Kräfte vorankommen und eine aktive Rolle in der Mobilisierung der Bevölkerung spielen.

Während die AWP einerseits die Strategie und Wirtschaftspolitik der rechtsgerichteten Pakistanischen

Muslimliga (Pakistan Muslim League – PMLN), anderer liberaler und religiöser Parteien sowie der Regierung kritisierte, stellte sie andererseits fest, dass die gegenwärtige Regierung das ganze Land an ausländische Finanzagenturen verpfändet hatte und dass den Massen das Blut ausgesaugt wird, um den „Durst der Gier“ der internationalen Finanzagenturen zu stillen.

Eine ungerechtfertigte Last unzumutbarer Steuern und unkontrollierte Inflation ist den Massen aufgebürdet worden, die Massen haben Verarmung zu gewärtigen. Die herrschenden Klassen, die dies nicht kümmert, sind „verdammte“ dazu, nationales Vermögen zu Schleuderpreisen zu veräußern. Private wie öffentliche Ländereien werden an multinationale Unternehmen verkauft.

Freie Hand ist extremistischen, religiösen Fanatikern gegeben, um Massenmorde zu verüben, um im Namen der Religion Blut zu vergießen und sektiererischen, religiösen Hass zu verbreiten. Verhandlungen mit den Taliban, im Namen des Friedens, kommen der Talibanisierung des Landes gleich.

Die gezielte Tötung politischer ArbeiterInnen ist in Balutschistan und Sindh zu einer Routineangelegenheit geworden. Tausende ArbeiterInnen werden vermisst. Die Regierung hat keine Ahnung über ihren Verbleib oder ist jedenfalls unfähig oder unwillens, die Verantwortlichen vor die zuständigen Gerichte zu bringen. Der Grund dafür ist, dass die internationalen Finanzagenturen sich selber als über dem Gesetz stehend betrachten.

Um religiösen Extremismus und sektiererische Gewalt zu beenden und Frieden in die Gesellschaft zu bringen, ist es erforderlich, die Schriften, welche religiöse Streitigkeiten und religiösen Hass verbreiten, aus den Lehrplänen („National Educational Curriculums“) herauszunehmen.

Landreformen müssen sofort umgesetzt und der Verkauf privater und öffentlicher Ländereien an multinationale Unternehmen muss beendet werden.

Der offene Raub durch die Privatisierung staatlicher Unternehmen muss sofort gestoppt werden.

Es dürfen keine Verhandlungen mit extremistischen Organisationen, einschließlich der Taliban, geführt werden. Stattdessen sind Maßnahmen gegen sie entsprechend dem Gesetz zu ergreifen.

Die Gesetze zur Eindämmung des Terrorismus dürfen nicht gegen drangsalierte Gewerkschaftsmitglieder und politische AktivistInnen angewendet werden.

Sherpas ist Mitglied der Awami Arbeiterpartei (AWP), einer mit der IV. Internationale sympathisierenden Organisation in Pakistan.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 29. Januar 2014
in der Kategorie: [Länder](#), [RSB4](#).